



BVBB

Bürgerverein Brandenburg-Berlin e.V.

Anerkannt als gemeinnütziger Verein

Parteienunabhängig - für Bürgerrechte

BVBB-Zentrale: Heinrich-Heine-Straße 3-5 · 15831 Mahlow

Telefon: 0 33 79 / 20 14 34 · Telefax: 0 33 79 / 20 14 35

Sprechzeiten: Dienstag & Donnerstag 14.30 - 18.00 Uhr

www.bvbb-ev.de und www.planfeststellungsverfahren.net

Bei uns lesen Sie, was Sie in keiner Zeitung lesen können! Weil wir unabhängig von allen Zwängen sind, lesen Sie bei uns die ungeschminkte Wahrheit!
Wir vertreten Bürgerinteressen gegen Parteienfilz!

INFO 36

Mahlow, im September 2004

Wahlveranstaltung ohne Parteien! Wir sind das Volk!

Unter dem Motto

„Stellt Euch vor: Wähler und BVBB zur Wahl in Brandenburg,

(am 19. September) und die Parteien haben nichts zu sagen“

lädt der BVBB alle Bürger zu einer Protest- und Diskussionsveranstaltung für den

15. September ab 18:30 Uhr

in die Markhalle 15831 Schloss Diedersdorf ein.

Bei uns reden die Wähler! Jeder kann sagen, was er von den Versagerparteien hält! Jeder kann sich Luft machen, Wahllügen und Versprechungen geißeln, die wir nicht mehr hören können! Zeigen Sie durch Wortbeiträge und Plakate, was Sie von Politschwätzereien und Enttäuschungen halten.

Sagen wir den Parteien, was wir nicht mehr mitmachen!

Planfeststellungsbeschluss: Klagen gegen Durchsetzungswut

Es war doch immer klar: Die Genehmigungsbehörde für die Planfeststellung zum Bau des geplanten Großflughafens beim Verkehrsminister der Regierung von Brandenburg wird die Genehmigung zum Bau des Flughafens geben.

Schon nach grübster Durchsicht von Textteilen dieses Beschlusses ist allerdings auch klar, dass die Betroffenen die Entscheidung erfolgreich beim Bundesverwaltungsgericht kippen können.

Bombastische Hinweise auf Lärmschutz, angeblicher Einschränkung des genehmigten Nachtflugs, wirtschaftlichen Vorteilen am „stadtnahen Standort Schönefeld“, täuschen ein hohes Verantwortungsbewusstsein vor. In Wahrheit wurde - bei Licht besehen - alles genehmigt, was Stolpe (SPD), Platzeck (SPD), Wowereit (SPD) und Schönbohm (CDU) wollten. Sie wollen zu Lasten der betroffenen Menschen und ihrer bankrott gewirtschafteten Haushalte das Gegenteil dessen tun, was sie bis 1996 verkündet haben. Darum diesen politischen Wendehälsen noch einige Zitate ans Bein gebunden, die beweisen, mit wem es die Menschen in Berlin und Brandenburg in Wahrheit zu tun haben:

Manfred Stolpe im Sommer 1995 zum Tauziehen um den Standort des Großflughafens: „Sperenberg ist der menschenfreundlichere, verkehrs- und flugtechnisch bessere Standort. Da im Umfeld von Schönefeld 70 000 bis 100 000 Einwohner leben, wäre ein Großflughafen dort unmenschlich. Außerdem müssten mehrere Dörfer weg - und wir wissen durch Horno wie hart das ist. Ich werde freiwillig Schönefeld nicht zustimmen“ (aus Tagesspiegel).

Am 17. November 1994 verkündete Brandenburgs Umweltminister Matthias Platzeck (parteilos) das Ergebnis des Raumordnungsverfahrens (ROV), das die Standorte Jüterbog, Schönefeld-Süd und Sperenberg auf ihre jeweilige Tauglichkeit für Bau und Betrieb eines neuen Großflughafens (BBI) abgeklopft hatte. Das Ergebnis war eindeutig: leichte Vorteile für Jüterbog, bei entsprechenden Ausgleichsmaßnahmen aber auch gute Chancen für Sperenberg. Nur das Berlin-nahe Schönefeld war aus dem Rennen. Platzecks vernichtendes Fazit:

Für den Betrieb eines Großflughafens sei Schönefeld schlicht "ungeeignet" (aus Berliner Zeitung vom 06.03.1995).

Stolpe erklärte, er habe eine endgültige Entscheidung für Schönefeld verhindert, weil er Sperenberg für die menschenfreundlichere Lösung halte (Berliner Zeitung vom 03.06.1995).

Berliner SPD in ihrem Wahlkampfprospekt 1995: ...Was die CDU und Herr Diepgen dabei verschweigen: In Schönefeld kann es nie einen internationalen Flughafen mit 24-Stundenbetrieb geben, dazu leben hier zu viele Menschen....

Tausende werden nun klagen, um ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit, den Schutz ihrer Gesundheit und ihres Eigentums und die Zukunft ihrer Kinder zu verteidigen. Aber Sie klagen auch, um diesen politischen Wendehälsen und Totalversagern klar zu machen, dass sie es satt haben, von Politikern und Parteien regiert zu werden, die sie kaltschnäuzig durch Lärmterror, Katastrophenangst, Angst um ihr Eigentum, Angst um die Zukunft ihrer Kinder wirklich krank machen.

Dreckige Politik und dreckiges Politikerverhalten

Haben die Ignoranten Platzeck, Wowereit, Stolpe, Schönbohm und ihre nickenden Hilfstruppen in SPD, CDU, aber auch in der PDS, bei den sich davonschleichenden Grünen und der FDP wirklich schon einmal menschliche Verzweiflung selbst erlebt? Sie hätten es gekonnt, wenn sie auch nur einmal einen Nachmittag im Büro des BVBB mit den Menschen gesprochen hätten, die Opfer ihrer Durchsetzungswut werden sollen. Da kommen Betroffene, die nach Enteignung ihres Familienbesitzes durch die SED nun von den sich so nennenden Demokraten wieder enteignet werden sollen, damit die ihr Hirngespinnst Schönefeld durchsetzen können. Da sitzt dann die junge Familie, die sich für eine Zukunft im eigenen Heim verschuldet hat und die nun ins Elend getrieben wird, weil man ihr Heim entwertet und sie nicht mehr weiß, ob sie noch Hypotheken bekommt. Da weinen die Eltern, weil sie zu Recht fürchten, dass sie anstatt eines schönen Eigenheims ihren Kindern nur noch eine Akustikbude vererben können, inklusive eines Grundstücks, das nur noch mit Ohrenschutz betreten werden kann. Da kommt der arbeitslos gewordene Vater mit seiner verzweiferten Frau und fürchtet nun, alles zu verlieren. Wie soll ich denn ein Haus verkaufen, das nur noch mit Lärmschutz zu bewohnen ist?

Dass schon der heutige Lärm, insbesondere die Nachtflüge, Menschen krank macht, wird von anderen Betroffenen mit ärztlichen Attesten belegt. Ihre Angst vor einer Zukunft mit 360.000 Überflügen im Jahr, davon 10% in der Nacht, bringt sie schon heute an den Rand des Herzinfarkts. Die Beispiele ließen sich fortsetzen. Unsere ehrenamtlichen Mitarbeiter müssen mit den Belastungen dieses Elends umgehen. Die, die den Menschen solche Belastungen zumuten, kassieren dafür auch noch Gehälter und Diäten, die die Betroffenen von ihren Steuergeldern zahlen müssen. Dreckiger kann Politik und Politikerverhalten nicht mehr sein!

Platzeck sieht die Demokratie in Gefahr

Als Folge der Politik, die er selber und seine SPD-Parteifreunde in Land und Bund betreiben, unterstützt von CDU, FDP und einer im Trüben fischenden PDS, sieht Platzeck plötzlich Gefahren für die Demokratie. Schlimmer, er befürchtet sogar, dass die Menschen im Osten auf dem Weg sind, die Demokratie genauso abzulehnen, wie sie den SED-Staat fallen gelassen haben.

Was Platzeck verschweigt ist die Tatsache, dass auch seine Politik einen kräftigen Beitrag zu seiner Analyse geleistet hat. Er muss sich darum fragen lassen, wie er zu der Frechheit kommt, als Brandstifter nun nach der Feuerwehr zu rufen und den Brandopfern noch Unverständnis für sein Zündeln unterstellt.

Die Brandopfer werden sich aber fragen, ob die Parteien, so auch ihre obersten Feuerwehrleute, noch wählbar sind. Sie wissen doch, dass man bei vollem Verstand nicht auch noch diejenigen belohnt, die einem die Bude angesteckt haben.

Auf ein Wort zur Landtagswahl am 19. September Es gibt noch Alternativen!

Es ist wieder soweit. Die Parteien in Brandenburg wollen das Beste vom Bürger, seine Wählerstimme. Sie schämen sich nicht für ihr Versagen in Regierung und Opposition. Sie wollen uns weiß machen, dass es ihnen um das Wohl der Bürger und das Wohl Brandenburgs geht. Vertuscht und verschwiegen werden alle Skandale, von der Verschleuderung von Steuergeld bis zur Abzocke durch unseriöse Politikern in SPD und CDU. Schuld an ihren Pleiten haben immer andere. Darum wollen sie belohnt werden, weiter machen zu eigenem Nutz und Frommen. Bunte Wahlplakate, Hochglanzbroschüren und Propagandareden auf sog. Wahlveranstaltungen sollen helfen, den Wähler wieder einmal hinters Licht zuführen. Er soll nicht daran denken, dass

- der Landeshaushalt in die Pleite, die Zukunft durch Schulden verwirtschaftet wurde
- Brandenburg mit seinem gescheiterten Schulsystem unsere Kinder zu Deppen der Republik machte, wie die PISA Studie beweist
- die wirklichen Großprojekte (Chemie Premnitz, Waldstadt Wünsdorf, Landesentwicklungsgesellschaft, Lausitzring, Cargolifter, Chipfabrik Frankfurt/Oder und Flughafen Schönefeld) durch Pleiten, Pech und Pannen Milliarden Euro gekostet haben, die nun überall fehlen
- in den politischen Parteien Abzocker und Kriminelle hochgespült wurden (Wolf, SPD; Zimmermann, SPD; Meyer, SPD; Schelter, CDU; Fürniß, CDU), die nun als ehemalige Minister auch noch rentenberechtigt für ihre Schandtaten belohnt werden
- 75% aller Fördergelder zweckentfremdet in die miserable und personell überbesetzte Brandenburger Bürokratie geflossen sind
- die Arbeits und Hoffnungslosigkeit auf Rekordniveau steht
- vor allem unsere Zukunft, die Jugend, in Scharen unser Land verlässt, weil sie hier keine Zukunft mehr sieht und dadurch ganze Landstriche vor der Entvölkerung stehen
- Brandenburg wegen des Versagens seiner Politiker nur noch ein Schlusslicht ist, das mitleidig belächelt wird.

Das haben alle anständigen und fleißigen Bürger nicht verdient! Sie wurden um den Lohn ihrer Arbeit und das Land um sein Ansehen gebracht!

Da wundert es nicht, dass sich die PDS nun als Retter anpreist, Grüne und FDP wie CDU und SPD das Blaue vom Himmel versprechen. Wundern tut es da auch nicht, das der „(k)Einer von uns“ und Stolpe-Schüler Platzeck die Demokratie in Frage gestellt sieht. Er verschweigt hinterhältig, dass dies Folge der Politik der Versagerparteien ist. Schönbohm kündigt schon, unabhängig vom Wahlausgang, dreist an, dass seine CDU mit der anderen Versagerpartei SPD wieder in die Regierung will. Dabei stört es den einen sowenig wie den anderen, dass 76% der Brandenburger genau dies nicht mehr wollen. Darum bietet sich nun die PDS schamlos als „Partei der Entrechteten und Enterbten“ an. Doch sie will das Gleiche wie alle anderen: an Regierungsposten, um dann den Politrott, endlich an Fleischtopfen sitzend, fortzusetzen. Berlin und Mecklenburg-Vorpommern lassen grüßen! Dort ist von Wahlversprechen und Gerede für die sozial Schwachen nichts zu spüren. Da wird fleißig mitgemacht, was der Versorgung der Mandatsträger dient. So wird es auch in Brandenburg sein, wenn der Wähler auf ihr Sozialgehabe hereinfällt.

Verzweifelt sieht der Wähler keine Alternative mehr. Enttäuscht und frustriert wollen viele nicht zur Wahl gehen. Das ist der falsche Weg, ein unwirksamer Protest! Unabhängig von der Höhe der Wahlbeteiligung werden die Platzecks, Schönbohms und Enkelmanns Ihnen nach dem Wahltag wieder begegnen, weil sie abgesichert durch die Zweitstimme der Wähler praktisch schon heute gewählt sind. Dafür haben sie in Parteiklüngel und durch folgsam Delegierte auf sog. Parteidelegiertenversammlungen schon gesorgt, ohne den Wähler zu fragen!

Wo ist nun die Alternative, wenn man zur Wahl geht? Für Gegner, für Betroffene des Wahnsinnsprojekts Schönefeld und für alle die wissen, dass niemand schlechtere Politik machen kann, als die Versagerparteien, gibt es für die wichtige **Zweitstimme nur die Bürgerinitiative „Allianz unabhängiger Bürger“ (AUB). Auf dem Stimmzettel steht sie auf Platz 8. Nicht zu verwechseln mit der „Allianz freier Wähler“ (AfW), dort sind erklärtermaßen die Großflughafen-Befürworter versammelt!**

Mit der Erststimme, auf die sie auch verzichten können, sollten sie den Kandidaten wählen, der sich in der Vergangenheit um sie und ihre Probleme verdient gemacht hat, insbesondere als Gegner des geplanten Neubaus von Schönefeld zum Großflughafen. Kandidaten, die dies nicht gemacht haben, verdienen ihre Stimme nicht. Sie wollen, dass Sie mit Lärmterror und Katastrophenangst keine Zukunft mehr im Heim und Gemeinde haben.

Als einzige politische Gruppierung hat sich die AUB landesweit mit einer Vielzahl von Bürgerinitiativen, die sich im Dachverband AUB zusammengeschlossen haben, unmissverständlich gegen den Neubau von Schönefeld zum Großflughafen ausgesprochen (<http://www.aub-brandenburg.de>). Die AUB versteht sich auch als Alternative im Kampf gegen Parteienfilz und Politikorruption. Die AUB ist eine politische Bewegung von unten, mit beruflich qualifizierten ausgewiesenen Kandidaten, die nicht von einem Landtagsmandat leben müssen und darum unabhängig die wirklichen Interessen der Bürger vertreten können.

Nur wenn der Wähler sich für eine Alternative gegen die Parteien entscheidet, zur Wahl geht und eine Bürgerbewegung von unten wählt, erzwingt er die Wende zu seinem und zum Wohl der Zukunft des Landes Brandenburg.

Die Wahl am 19. September muss darum eine Protestwahl gegen die Parteien werden! Nur durch eine Niederlage bekommen sie die Chance der Erneuerung. Geläutert können sie dann bei den nächsten Landtagswahlen wieder das Vertrauen der tief enttäuschten Wähler zurückgewinnen.

AUB - Brandenburg ist die einzige politische Alternative gegen Großflughafen Schönefeld

(AUB-Pressemitteilung vom 30.08.2004)

Nach Berlin fällt jetzt auch Brandenburger PDS um. Für Matthias Platzeck (SPD) ist der Bau des Großflughafens Schönefeld „unverhandelbar“.

Dagmar Enkelmann (PDS) hatte zwar bisher das Nein der PDS zum Flughafenausbau bekräftigt. Aber nach einem soeben vorgestellten Zehn-Punkte-Programm will die PDS mit der SPD in den ersten 100 Tagen rot-roter Regierung ein Finanzierungskonzept für Schönefeld erarbeiten.

Mit der Zustimmung der Berliner PDS zur öffentlichen Finanzierung des wirtschaftlich, lärmmedizinisch und ökologisch falschen Standortes Schönefeld ist die im Zehn-Punkte-Programm geforderte Wirtschaftlichkeitsprüfung nichts anderes als demagogischer Eiertanz. - Zumal die Wirtschaftlichkeit des Standortes Schönefeld von der Wirtschaft selbst längst geprüft worden ist: Sie ist ausgestiegen.

Worauf wartet die PDS? - Auf neue Gutachten und „unverhandelbare“ Ideologie-Papiere, die die Wirtschaft widerlegen? - Oder auf Planfeststellungsbehörde und Bundesverwaltungsgericht, die in Medien wie der Financial Times schon vorher um das Ergebnis dessen wissen, was sie unabhängig prüfen sollen?

Wartet sie auf Feigenblätter, um nach der Katastrophe - wie schon bei anderen Pleiteprojekten der besonders großen Art - betulich die Hände zu heben: „Jaa, die PDS hat zwar dafür gestimmt, aber ihre Abgeordneten konnten nur über das entscheiden, was ihnen vorgelegt wurde. - Und das war gelogen oder falsch. - Und deswegen war auch das Ergebnis falsch. - Sorry, liebe Wähler.“

Die Megapleiten „Made in Märkischem Sand“ offenbaren ein unglaubliches Versagen auch der Oppositionsparteien. Parteien in Brandenburg hatten und haben andere Sorgen. Ihre Kaderversorgungswerke sind ausgelastet mit Trennungsgeldern, Postenschacher und Vorteilsnahme oder fruchtloser Nabelschau und Fahنشwenken.

Sie sind unfähig, Kompetenz zu bündeln, um Fehlentscheidungen zu Lasten der Bürger auch nur einigermaßen zu begrenzen.

Der von PDS-Landtagskandidat Heinz Vietze geleitete Untersuchungsausschuss zur gestrandeten Chipfabrik zeigt wie das endet: Schuld am bitteren Ende ist niemand, aber es werden Bienchen für das artige Mitwirken und Nicht-Im-Wahlkampf-Nutzen verteilt.

Dass Schönefeld als neues Millionen- und Milliardenfiasko endet, ist in allen Flurgesprächen Konsens. - Aber dicke kommt's erst nach 2010 vorher werden Posten und Pöstchen verteilt. Danach ist es keiner gewesen. Und Australien ist auch nett.

So bereitet sich auch die PDS auf die Regierungsbeteiligung vor. Ihre Bedingungen würden der SPD kaum wehtun. Dafür gibt die PDS sogar ihre bisherige Forderung auf, den Großflughafen Schönefeld nicht zu bauen.

Deswegen:

**Bürgerkompetenz in den Landtag!- AUB-Brandenburg wählen!
Schönefeld ist Milliarden-Irrsinn.
Noch können Sie wählen.**

Einladung

des BVBB Vorstands und der Ortsgruppen Grünheide, Erkner, Gosen, Neu-Zittau, Wolterdorf

**Grünheide (Mark) unter der Einflugschneise im Planfeststellungsbeschluss „ Ausbau des
Flughafens Schönefeld“**

**Der Großflughafen BBI in Schönefeld und seine Auswirkungen auf die Bürger und Gäste
von Grünheide (Mark) in all seinen Ortsteilen**

Der Bürgerverein Brandenburg-Berlin e.V. (BVBB) informiert Sie über den Planfeststellungsbeschluss, die zu erwartenden Klagen sowie über Fluglärm, Nachtflug, Gesundheit, Lebensqualität, Naherholung und Tourismus, Mieten und Eigentum/Entschädigung, Alternativen. Ebenfalls eingeladen wurden die Direktkandidaten der SPD, CDU, FDP, B90/Die Grünen, PDS, die Allianz Unabhängiger Bürger (AUB) und die Allianz freier Wähler (AfW) eingeladen (WK 27, 30 und 31), um sie zum Thema zu befragen.

**Nutzen Sie die Gelegenheit am 06. September 2004 um 18:30 Uhr in der Begegnungsstätte
an der Gerhart-Hauptmann-Schule in Grünheide, Chaussee 1**